

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM SOMMER 1962

Versorgungslage und Krankenstand

Das nasse Sommerwetter hat die Landwirtschaft Mitteldeutschlands vor schwere Probleme gestellt. Bereits Ende Juni ist in allen Landgemeinden eine „Woche der Erntebereitschaft“ durchgeführt worden, um den Stand der Einsatzfähigkeit für Ernte und Herbstbestellung zu ermitteln. Zur gleichen Zeit forderte das ZK der SED, daß der Einfluß der Partei „besonders in den LPG Typ I“ zu verstärken sei, woraus zu erkennen war, daß in diesen meist durch Zwang entstandenen Kollektivbetrieben das von der Partei zu steuernde „sozialistische Bewußtsein“ sehr unterentwickelt sein mußte.

Die seit Jahresanfang besonders angespannte Versorgungslage hatte ohnehin dazu geführt, der tierischen und pflanzlichen Erzeu-

gung die Aufmerksamkeit der parteilichen und Verwaltungsinstanzen in verstärktem Maße zuzuwenden. Eine schwere Landwirtschafts- und Ernährungskrise hätte ja den politischen Effekt der Zwangskollektivierung selbst bei überzeugten Genossen gefährden können. Ende Juni wurde offiziell festgestellt, daß zwar die Pläne für den Anbau von Kartoffeln und Zuckerrüben erfüllt worden seien, daß aber die Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern unter außerordentlichen Schwierigkeiten zu leiden gehabt hätte. Futtermangel, Unfähigkeit der Landwirtschaftsfunktionäre und andere „subjektive Faktoren“ wären die Ursache dafür, daß bereits bis Ende Mai im Vergleich zum Vorjahr bei Schlachtvieh 34 200 t, bei Milch 273 800 t und bei Eiern 210 Mill. Stück weniger erzeugt worden seien. 1962 sollten die Kuhbestände um 30 000 Stück und die Schweinebestände um 250 000 Stück erhöht werden. Das Ergebnis der Viehzählung vom 1. Juni 1962 offenbarte dagegen bei den Kühen einen um 46 000 und bei Schweinen sogar um 1,3 Mill. Stück niedrigeren Stand als zum 1. Juni 1961. Die erst für das letzte Quartal 1962 vorgesehenen Schlachtungen von 60 000 Kühen mußten in das dritte Quartal vorgezogen werden, „um die Fleischversorgung annähernd zu gewährleisten“, weil mit den übermäßig hohen Verlusten an Ferkeln und Masttieren nicht gerechnet worden sei.

Das Politbüro sei sich der ernststen Lage in der Versorgung mit Fleisch und Molkereiprodukten bewußt. Zusätzliche Importe kämen jedoch nicht in Frage. Schon die laufenden Einfuhren an Nahrungs- und Genußmitteln erforderten seit 1957/58 jährlich 1,8 Md. Valutamark, was einem Anteil von 27 vH an der Gesamteinfuhr entspreche. Wenige Tage zuvor hatte noch der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin/Ost erklärt: „Die Feststellung kann durch nichts widerlegt werden, daß im Jahresdurchschnitt unsere Bevölkerung mit Nahrungsmitteln besser versorgt wird als die Bevölkerung Westberlins oder Westdeutschlands.“

Neben der Rationierung der Butter durch die Bindung des Verkaufs an Kundenkarten und dem zeitweise völligen Ausfall von Milch hat der akute Fleischmangel mit Zuteilungsmengen von örtlich z. T. 100 g wöchentlich je Kopf die Verbraucher in der SBZ besonders betroffen. Die Arbeitsdisziplin — vor allem der berufstätigen Hausfrauen — hat dadurch gelitten. Das zu geringe Warenangebot reicht nicht bis in die Stunden nach Schluß ihrer Arbeitszeit.

Der Anschluß an die neue Ernte und diese selbst stehen daher und wegen der ungünstigen Witterung unter schlechten Vorzeichen. Wie auch in einzelnen Gebieten Westdeutschlands wurde für die SBZ der Erntenotstand verkündet. Soldaten, Studenten, Industriearbeiter, Verwaltungsangehörige und die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung erhielten Arbeitsverpflichtungen, bei denen vielfach die schlechte Organisation einen spürbaren Effekt verhinderte. Am 23. August war auf 53,8 vH aller Flächen das Getreide gemäht und davon knapp 40 vH eingefahren. Bis zum 3. September sollen diese Quoten auf 89 und 72,4 vH erhöht worden sein, eine unter den gegebenen Bedingungen beachtliche Leistung, falls die amtliche Statistik stimmt. Am weitesten zurück lägen die Betriebe in den Bezirken Rostock, Neubrandenburg, Halle, Erfurt, Gera und Suhl. Hunderte von Mähdeschern aus den südlicheren Bezirken wurden zur Verstärkung der Maschinenkapazität in andere Bezirke dirigiert. Der Zwischenfruchtanbau, der zweite Wiesenschnitt, die Herbstaussaat, Kartoffel-, Zuckerrüben- und Maisernte sind in Verzug geraten.

Der sogenannte Ministerrat der SBZ hatte der Landwirtschaft das Ziel gestellt, bis zum 9. September die gesamte Getreideernte bis auf die noch nicht ausgereiften Schläge abzuschließen. Am 4. September war allein in den Bezirken Mecklenburgs sowie Halle, Magdeburg und Erfurt das Getreide noch von 380 000 ha einzubringen. Über die Qualität der Ernte läßt sich noch nichts sagen. Der durch die Druckmittel des Systems mögliche Masseneinsatz „freiwilliger“ Helfer hat sicher

einen großen Teil der drohenden Ausfälle verhüten helfen. Diese Gemeinschaftsleistung verdient Anerkennung. Sie hat jedoch den bitteren Beigeschmack, daß ihr Ergebnis nicht dem eigentlich Berechtigten, nämlich dem Verbraucher in Mitteldeutschland, im Sinne einer Besserung der Versorgung zugute kommt.

Mit den Angaben des neuesten Statistischen Jahrbuchs der SBZ lassen sich leere Teller nicht füllen. Der Je-Kopf-Verbrauch an Getreideerzeugnissen liege mit 100 kg über dem der Bundesrepublik mit 79,8 kg — an Kartoffeln mit 164,4 kg über dem westdeutschen mit 132 kg. Aber selbst wenn diese Zahlen stimmen sollten, beweisen sie nur die Unzulänglichkeit des Nahrungsmittelangebotes; denn es ist eine alte Erfahrung, daß die Bevölkerung in einer solchen Situation in Ermangelung eines Besseren besonders viel Grundnahrungsmittel, wie Getreideerzeugnisse und Kartoffeln, verzehrt.

Im Zusammenhang mit der schlechten Ernährungslage und der immer stärkeren Beanspruchung am Arbeitsplatz hat sich der Krankenstand in den letzten Jahren erhöht. In amtlichen Untersuchungen (*Statistische Praxis*, Ostberlin, 1962, Nr. 8, S. 204/205) wird zugegeben: „Für die werktätigen Frauen ergibt sich in hohem Umfang durch Beruf und Führung des Haushaltes eine Doppelbelastung. Durch die Versorgungseinrichtungen, deren Netz noch nicht ausreichend ist, kann diese nicht restlos ausgeschaltet werden.“ Im ersten Quartal dieses Jahres lag der Krankenstand über dem des Vorjahres, was wesentlich mit bestimmt wird durch den in der SBZ sehr hohen Anteil weiblicher Beschäftigter. In den Sommermonaten ist er — wie üblich — etwas gefallen. 1961 kamen auf 1000 Beschäftigte 800 Krankheitsfälle. Weit über diesem Durchschnitt aller Altersstufen lagen nicht etwa die älteren Jahrgänge, sondern diejenigen bis zu 25 Jahren mit 1035 Krankheitsfällen auf 1000 Beschäftigte. Die harten Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches, wonach der Lohnausgleich zum Krankengeld nur für insgesamt sechs Wochen im Jahr bei Anrechnung aller Krankheiten und danach nur das viel niedrigere Krankengeld gezahlt werden darf, hat bisher die steigende Tendenz des Krankenstandes nicht beseitigt. An der Spitze der Krankheitsarten lagen 1961 bei den Berufstätigen die Erkältungskrankheiten mit 28,2 vH, Magen- und Darmerkrankungen mit 10,5 vH und Betriebs- und Betriebswegunfälle mit 8,5 vH. Die erste Gruppe geht in hohem Maße auf die Grippewelle zurück, die zweite dürfte in engem Zusammenhang mit der Ernährungssituation und den nervlichen Belastungen stehen, während für die dritte der noch immer sehr mangelhaft gewährleistete Arbeitsschutz verantwortlich zu machen ist.

In der oben erwähnten amtlichen Untersuchung ist auch die Rolle der „Arztkommissionen“ hervorgehoben worden, die seit einiger Zeit „zur Bekämpfung des Bummelantentums“ eingesetzt sind. „Jeder Krankheitsfall ist eine Gefahr für die Planerfüllung!“ — diese Parole gilt seit Jahren. Im 3. Quartal 1961 schrieben die Kommissionen von den vorgeladenen Krankgeschriebenen 33,9 vH sofort voll arbeitsfähig. Hierunter können sich Simulanten kaum noch befinden haben; denn nach der amtlichen Darstellung sollen sich 43,2 vH der Vorgeladenen vorher noch arbeitsfähig gemeldet haben. Wer also vor der Kommission, deren Arbeitsverfahren nicht unbekannt ist, erschien, der war im Zweifel wirklich krank. So gesehen, bedeuten die 33,9 vH Arbeitsfähigerklärten eine beachtliche „Leistung“ der Mediziner. Immerhin bezeichneten sie 20,3 vH der Vorgeladenen weiter als krank. Mit welchem Druck sich diese Kommissionssitzungen auf die Vorgeladenen auswirken, zeigt der Umstand, daß nur 2,6 vH der „Einladung“ nicht folgten.

Die Erholungsmöglichkeiten in dem Haupturlandsgebiet der SBZ an der Ostseeküste, die schon vor Jahren zum militärischen Schutzgebiet erklärt worden ist, wurden in diesem Sommer erneut eingeschränkt. Nur mit gültigen Urlaubspapieren und Zeltgenehmigungen sowie dem Einverständnis der Gemeinderäte, die auch für Privatquartiere erforderlich ist, dürfen Orte an der Ostseeküste aufgesucht werden. Im vergangenen Jahr hätte die Überbelegung der Urlaubsplätze „zu einigen Schwierigkeiten für eine geordnete Betreuung der Urlauber“ geführt. Wenn solche „Sorge um den Menschen“ ehrlich gemeint war, hätte man von dem jugoslawischen Beispiel lernen können, wonach in vielen Orten an der Adria der Staat die Hotels für eine Saison an Private zu verpachten sich bereit erklärt — in der Gewißheit, daß ihm bei dieser privaten Nutzung wenigstens eine sichere Pachteinnahme zufließt und mit der Privatinitiative der Hoteliers nicht nur deren Gewinnstreben, sondern auch dem Urlaubsbegehren der Gäste gut gedient ist. Allerdings hätte das die Beseitigung der staatlichen Ferienplanung und die Genehmigung zu individueller Ferienplatzsuche zur Voraussetzung gehabt, wozu offensichtlich weder die Ostseeküste geeignet noch das System imstande war.

Preispolitik

In anderen Wirtschaftsbereichen scheut man sich nicht, „kapitalistische Anreize“ in der Hoffnung auf stimulierende Wirkung einzusetzen. Würden im Frühjahr trotz der vorherigen gegenteiligen Beteuerungen die Erzeugerpreise für Kartoffeln erhöht, um den

Anbauwillen zu stärken, so sind ab 4. August die Preise erhöht worden, die die staatlichen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für die Schlachtschweine bezahlen müssen, die ihnen über die Mengen der Pflichtablieferung hinaus angeboten werden. Statt bisher 413 DM kostet nun der Doppelzentner 510 DM. Die Preise für die Pflichtablieferung wurden nicht angehoben. Es bleibt abzuwarten, ob der Mangel an den erforderlichen Qualitätsfuttermitteln den in den hohen Preisen ohne Zweifel liegenden Anreiz nicht illusorisch macht. Das Schlachtgewicht je gehaltenes Stück Vieh betrug 1961 bei Rindern in der Bundesrepublik 131 kg und bei Schweinen 152 kg, in der SBZ dagegen nur 86 kg bei Rindern und 99 kg bei Schweinen. Daß sich die Erhöhung der Erzeugerpreise auf die Dauer auch für den Verbraucher in steigenden Preisen niederschlägt, wird zwar jetzt von den amtlichen Stellen bestritten, ist aber aus Äußerungen der staatlichen Preisbehörden zu vermuten, nach denen in nächster Zeit gewisse Preiskorrekturen analog den natürlichen Knappheitsverhältnissen und als Folge der gestiegenen Kosten bzw. der vielfach erst jetzt eingeleiteten exakten Kostenrechnung vorgenommen werden müßten. Die kürzlich durchgeführte Erhöhung der Fernsehgebühren in der SBZ liegt mehr in der Richtung der „maximalen Erschließung“ der dem Fiskus zur Verfügung stehenden Einnahmequellen.

Die staatliche Preispolitik, die in der Regel Konsumgüter teuer und Industriegüter billig anbieten läßt, hat auch bei der Materialversorgung der Industrie zu schweren Störungen geführt, nämlich zu den sog. Überplanbeständen, die auf den ersten Blick nicht zum Bild des oft ernstesten Materialmangels zu passen scheinen. Überplanbestände sind nicht nur schwer verkäufliche Ladenhüter oder wegen Materiallücken in der Produktion steckengebliebene Erzeugnisse, sondern auch Produktionsmaterialien, die weit über den eigenen Bedarf von volkseigenen Betrieben gehortet werden, weil an einer regelmäßigen Belieferung mit diesen für die Planerfüllung unentbehrlichen Stoffen mit Recht immer wieder gezweifelt wird. Mit einigem Geschick ist es dank der für Industriegüter angewandten Preispolitik in Verbindung mit der oft sehr laxen Finanzdisziplin der Betriebe auf dem Weg der Kreditierung oder der Finanzierung aus der Staatskasse möglich, zum Schaden der solche Produktionsstoffe im Augenblick wirklich benötigten Betriebe Materialvorräte zu hamstern, was nicht einträte, wenn die auf diese Weise festgelegten Gelder die Finanzwirtschaft der Betriebe spürbar belasteten. So aber setzt sich der „Betriebsegoismus“ durch.

Den Werkleitern, die schuldhaft derartige Überplanbestände entstehen lassen, ist jetzt offiziell mit Gehaltskürzungen gedroht worden. Während 1961 die Produktion um 6,5 vH

gewachsen sein soll, seien die Vorräte insgesamt um 20,7 vH gestiegen. In den zentralgeleiteten Staatsbetrieben sollten die Ende 1961 ausgewiesenen Materialbestände „im Interesse einer gesunden Bestandshaltung“ in diesem Jahr um 500 Mill. DM gesenkt werden. Sie haben sich jedoch bisher um mehr als 900 Mill. DM erhöht. Bei manchen Betrieben sollen Vorräte für einen Zeitraum bis zu vier bis zwölf Jahren liegen. Zur gleichen Zeit fehlen bei anderen Betrieben Materialien oder sind nur ungenügend vorrätig. Ein noch immer ungelöstes Problem stellten beispielsweise die Gießereisande dar. „Keiner wird wohl behaupten“, sagte dazu der Nationalpreisträger *Naumann* kürzlich, „daß die Materiallage in unseren Gießereien rosig ist.“ Der Gußausschuß ist sehr hoch. Als gutes Beispiel wurde offiziell der VEB Harzer Werke Blankenburg erwähnt, der bei einer Planvorgabe von 10,8 vH Ausschuß für 1962 im Januar dieses Jahres noch 13,4 vH aber im Juni nur noch 9,3 vH ausgewiesen habe.

Industrieproduktion

Neben fehlenden Materialien hat auch ungenügender Einsatz von maschinellen Mitteln die Produktionsleistung gebremst. Eine Untersuchung in Ostberlin ergab das für eine „Planwirtschaft“ überraschende Ergebnis, daß in volkseigenen Betrieben 2025 Maschinen oder andere Ausrüstungsstücke mit einem Bruttowert von knapp 24 Mill. DM überhaupt nicht und Maschinen und Aggregate im Wert von rund 10 Mill. DM zum Teil noch nicht oder völlig ungenügend eingesetzt sind. Sie standen teilweise schon seit 1957 in den Betrieben herum. Als Ursachen sind dafür offiziell genannt worden: „Umweltung in der Produktion, Fehlen der Komplettierungs- und Ersatzteile, fehlende Baukapazität, keine Übersicht über Kapazitätsausnutzung, Konstruktionsfehler, unbegründete Zuweisung an die Betriebe durch die VVB, nicht rechtzeitig vorbereitetes Bedienungspersonal usw.“ Hieraus resultierende Verluste können die Betriebe nicht selbst tragen. Sie belasten in der letzten Konsequenz immer den Steuerzahler.

Derartige Erscheinungen und der Stand der Industrieproduktion im Sommer dieses Jahres haben Veranlassung gegeben, eine breit angelegte „Plandiskussion 1963“ in den Betrieben, Partei- und Verwaltungsstellen abrollen zu lassen. Der Plan des kommenden Jahres stünde von vornherein auf tönernen Füßen, wenn die Planerfüllung 1962 große Lücken aufwiese. Ein amtlicher Bericht wie in früherer Zeit wird über Zwischenergebnisse während eines Jahres nicht mehr gegeben. Aus Einzelberichten läßt sich ein sehr uneinheitliches Bild vom Stand der mitteldeutschen Industrieproduktion gewinnen.

Im Mai war noch nicht die Tagesproduktion vom Dezember 1961 wieder erreicht. Auch noch im Juni lagen die Monatsergebnisse bei den Energiebetrieben, beim Schwermaschinenbau, dem Fahrzeugbau, Schiffbau, der Metallwarenindustrie und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie unter dem Stand von November bzw. Dezember 1961. Gut soll die Leistung der Grundstoffindustrie, des allgemeinen Maschinenbaus, der Gießereien und Schmieden, der elektrotechnischen Industrie, der optischen und der feinmechanischen Industrie gewesen sein. Für die Elektrotechnik betrug die Jahreszuwachsrate 14,6 vH, während im ersten Halbjahr mehr als 17 vH erreicht worden sein sollen. Auch der Maschinenbau übertraf nach amtlicher Darstellung mit annähernd 12 vH Zuwachs die geplante Rate. Da aber gerade hier viele Betriebe den Plan nicht allseitig erfüllten, entstanden bei der Erfüllung der Exportpläne große Rückstände. Die Direktoren der VVB Bergbauausrüstungen, Nachrichten- und Meßtechnik, Schiffbau und Nagema wurden namentlich wegen ungenügender Planerfüllung der zu ihrem Bereich gehörenden Betriebe kritisiert. Auch die VVB Regelungstechnik, Gerätebau und Optik, Werkzeugmaschinen, Poygraf und Mechanik erreichten die gesetzten Ziele nicht. Kohlebergbau, Kalibergbau, Metallurgie und Chemie erfuhren dagegen lobende Erwähnung, obwohl auch in diesen Industriezweigen die Planerfüllung uneinheitlich ausfiel. Allein für die Industrie in Ostberlin wurden für den Zeitraum der ersten fünf Monate 1962 Planschulden von zusammen rund 36 Mill. DM offiziell genannt.

Unzureichende Investitionen

Unzureichende Bauleistungen und Mängel in der Bereitstellung von Maschinenausrüstungen hätten verhindert, daß die Verbesserungen bei der Vorbereitung und Projektierung von Investitionsvorhaben sich auch in der Durchführung derartiger Vorhaben günstig ausgewirkt habe. Schon im Hinblick auf 1963 formulierte *Leuschner* diese Feststellungen sehr scharf: „Was die Durchführung volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben anbelangt, so ist im ersten Halbjahr 1962 noch keine entscheidende Veränderung erreicht worden. Der derzeitige Erfüllungsstand auf dem Gebiet der Investitionen gefährdet die Durchführung der Aufgaben bis Jahresende.“ Erhebliche Rückstände sollen unter anderem bei so bedeutsamen Objekten wie dem Kraftwerk Lübbenau III, mehreren neuen Braunkohlentagebauen, dem Kombinat „Schwarze Pumpe“, dem Rohrwerk 3 im Stahl- und Walzwerk Riesa, dem Erdölverarbeitungswerk Schwedt und dem Werk 2 der Leunawerke zu verzeichnen sein.

Wachstum der Industrie «nd technischer Fortschritt sind an Investitionen gebunden. Wie schwer auf diesem Gebiet ein Versagen oder auch nur Zurückbleiben wiegt, geht daraus hervor, daß Leuschner in diesem Zusammenhang die schlechte Arbeitsweise des Ministeriums für Bauwesen, der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates hervorhob — eine in dieser Massierung selten geübte Kritik. Da er vor dem ZK der SED sprach, konnte er es sich sogar leisten, die Arbeit des „Ministerrates“ als verbesserungsbedürftig zu bezeichnen: „Es ist erforderlich, den Ministerrat durch mehr leitende Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiet zu verstärken.“ Die Erfahrungen, aus der wirtschaftlichen Praxis sollen demnach an den grünen Tisch gebracht werden.

Messepropaganda

Einer der „Höhepunkte“ des sommerlichen Wirtschaftslebens in der SBZ ist noch immer die Leipziger „Herbstmesse“ Anfang September¹⁾, nicht nur für die Einwohner der in dieser Zeit spürbar besser als sonst versorgten Stadt Leipzig, sondern auch für die Rednerpulte der SED-Wirtschaftspolitiker. Diesmal standen in der offiziellen Sprachregelung zwei Themen eindeutig im Vordergrund: die nach östlicher Darstellung welthandelsfeindliche Tendenz der EWG und das Bemühen, auf handelspolitischem Gebiet Westberlin von der Bundesrepublik zu isolieren. Zum ersten Thema haben Moskau und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Ermecon) den Anstoß gegeben. In diesem Zusammenhang wurde von den Vertretern Pankows begreiflicherweise nicht erwähnt, daß wegen der schlechten Preise für die mitteleuropäischen Exporte im Ostblock der Staatshaushalt der SBZ noch immer mit Außenhandelssubventionen belastet ist, deren Milliardenbeträge man getrost als versteckte Reparationsleistungen bezeichnen kann. Auch die sowjetrussische Methode, bei der Einfuhr aus den Ostblockländern unter Wert zu bezahlen und die Ausfuhr in diese Länder erheblich zu verteuern, blieb in Leipzig im dunkeln. Diese Methode verhalf der Sowjetunion allein im Jahr 1960 zu Mehrerlösen von 750 Mill. Dollar und zu Einsparungen im Wert von 825 Mill. Dollar — beides nach den amtlichen sowjetischen Außenhandelsstatistiken.

Seit dem Jahr 1951 bildet das sogenannte Berliner Abkommen die Grundlage für die Festlegung der jährlichen Vereinbarungen und die Abwicklung des Interzonenhandels. Dieses Abkommen werde den heutigen politischen und wirtschaftlichen Realitäten, behauptete Zonen-Handelsminister *Balkow*, nicht mehr gerecht und müsse durch Abkommen jeweils mit Bonn und Westberlin getrennt ersetzt werden. Dieser Pferdefuß ist so deutlich, daß wohl

selbst Herr *Balkow* nicht erwarten wird, daß man ihn im Westen nicht erkennt.

Seine in derselben Rede zur Eröffnung der Messe gemachten Ausführungen, nach denen die „ökonomischen Erfordernisse des fortschreitenden sozialistischen Aufbaus“ gute und sich erweiternde Handelsbeziehungen mit Ländern beider Weltmärkte erforderlich machten und daß die Zone an der Ausnutzung aller Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung interessiert sei, stehen im Gegensatz zur Beseitigung der DIN-Normen für die mitteleuropäische Industrie und zu deren „Störfreimachung“, dem Ersatz westdeutscher Lieferungen durch solche aus der Sowjetunion. Sieht man sich allerdings die Struktur der mitteleuropäischen Einfuhr im Handelsverkehr mit der Sowjetunion an, so erkennt man auch hierbei die engen Grenzen, die solchen Forderungen durch die Realität gesetzt sind. 1961 entfielen auf Rohstoffe 71,9 vH, auf Lebensmittel 21,8 vH, auf Maschinen, Geräte und Ausrüstungen aber nur 5,5 vH und auf technische Konsumgüter nur 0,8 vH. Im gleichen Jahr lagen in der Ausfuhr nach Rußland Maschinen, Geräte und Ausrüstungen mit einem Wert von 135 Mill. Rubel, Konsumgüter mit 124 Mill. Rubel und Erzeugnisse der chemischen Industrie mit 90 Mill. Rubel an der Spitze der Warengruppen. Ohne den Rückhalt des Interzonenhandels würde auch in der Ausfuhr der SBZ einiges anders aussehen.

1) Zahl der Besucher 152 000 (Herbstmesse 1961 201 475); davon aus dem Ostblock 13 900 (15 332).

Dr. Walter Meier